



SOZIALDEMOKRATISCHER PRESSEDIENST

BONN, Friedrich-Ebert-Allee 170

Fernsprecher 37654-59
Fernschreiber 039 890

7. Mai 1953

P/VIII/105

Hinweise
auf den Inhalt:

Bundeseinheitliche Finanzverwaltung abgelehnt	S. 1
Belgien und die EWG	S. 3
Zum Verkauf der "Welt"	S. 4
Dank des "Jewish Labor Committee" an die SPD	S. 5

Jährlich eine Milliarde verschleudert

F.B. Die Debatte und das Ergebnis der Abstimmung über ein Gesetz zur Änderung des Grundgesetzes, nach dem die bundeseinheitliche Finanzverwaltung eingeführt werden sollte, wird als schwarzer Tag in die Nachkriegsgeschichte des Föderalismus eingehen, denn hier hat es sich gezeigt, daß man ein politisches System des staatlichen Aufbaues ohne Sinn und Verstand zu Tode reiten kann. Aber nicht nur das, man hat an diesem Tage mit einer Handbewegung jährlich eine Milliarde M verschleudert, während man auf der anderen Seite um 80 Millionen M , die die von Schäffer geplante Haushaltsbesteuerung von mitarbeitenden Ehefrauen ergeben sollte, so kämpfte, als ob davon das Wohl und Wehe der gesamten Finanzpolitik in der Bundesrepublik abhängen würde.

Man muß sich bei der Beurteilung der Frage: Bundeseinheitliche Finanzverwaltung - Länderfinanzverwaltung völlig klar darüber sein, daß es hier nicht um die Problemstellung Zentralismus oder Föderalismus geht. Es geht dabei lediglich um eine Sachentscheidung, die, wäre die grundsätzliche Mehrheit erreicht worden, den Ländern nur Vorteile hätte bringen können. Die Befürworter der bundeseinheitlichen Finanzverwaltung und mit ihnen alle Sachverständigen, können gewichtige Gründe für ihre Forderung ins Treffen führen.

1. Eine einheitliche Wirtschaftspolitik in einem einheitlichen Wirtschaftsraum ist nur mit einer einheitlichen

Finanzverwaltung möglich.

2. Die Unausgeglichenheit der sozialen und wirtschaftlichen Struktur der Länder, das heißt ein effektiver horizontaler und vertikaler Finanzausgleich wird nur mit Hilfe einer bundeseinheitlichen Finanzverwaltung zu erreichen sein.
3. Das System der Steueroasen und Steuerwüsten, das heute weitgehend in der Bundesrepublik vorherrschend ist, und dazu führt, daß die steuerstarken Länder Industrien aus den steuerschwachen Ländern abziehen, wird nur behoben werden können, wenn eine einheitliche Finanzverwaltung in Kraft tritt.
4. Die Vermeidung von Doppel- und Mehrarbeit, die eine einheitliche Finanzverwaltung zur Folge hat, bringt wesentliche Ersparnisse.

Alle diese Gründe, zu denen noch andere hinzukommen, wie die einheitliche Ausbildung der Beamten, würden zur Folge haben, daß durch Ersparnisse und die straffere, einheitliche Steuerhandhabung, Steuererfassung und Steuerfahndung ein Mehraufkommen von 800 Mio bis 1 Mrd M pro Jahr erzielt werden könnte.

Die sogenannten föderalistischen Fraktionen im Bundestag, dazu gehören die CSU, die Bayernpartei, das Zentrum und Teile der CDU, haben verhindert, daß die Vernunft siegte, denn im Hammelsprung wurde bei 195 Ja-Stimmen und 104 Nein-Stimmen nicht die erforderliche Zweidrittelmehrheit erreicht. In der namentlichen Abstimmung über den Art. 2 des Gesetzes schwenkten dann sogar noch weitere 15 Abgeordnete zu den Nein-Sagern um.

In dieser Frage, die den Föderalismus überhaupt nicht antastete, gebärdete man sich so, als wenn die Existenz der Länder auf dem Spiel stand. Wenige Stunden später, als es beim Einkommensteuergesetz tatsächlich um Länderbelange ging, als nämlich zur Entscheidung stand, ob der Bundesanteil an der Einkommen- und Körperschaftssteuer nach den Vorschlägen des Bundesfinanzministers von 37 auf 40 Prozent erhöht werden soll, verwandelten sich die wackeren Föderalisten in gehorsame Gefolgsleute der Bundesregierung. Selbst die Bayernpartei stimmte dieser Vorlage, die die Länder noch stärker zu Kostgängern des Bundes macht, zu, und entwertete dadurch alle Bekenntnisse zum Föderalismus, die kurz vorher abgegeben worden waren.

Ein besonderes Kriterium dabei ist, daß der Bundesfinanzminister, der zur Wahrung der Interessen des Bundes verpflichtet ist, in der Frage der einheitlichen Finanzverwaltung dem CSU-Abgeordneten aus Passau den Vorrang gab, gegen das Gesetz stimmte und damit die Bundesfinanzen um eine Milliarde M jährlich schädigte. Es ist derselbe Finanzminister, der Zeter und Mordio schreit, wenn er einige Millionen für die Kriegsgesunden oder Vertriebenen ausgeben soll.

Auf die lange Bank geschoben

PH - Brüssel

Die politischen und juristischen Schwierigkeiten um den Europavertrag wiederholen sich von Land zu Land. Was sich in Bonn abspielte und abspielt, hat in diesen Tagen in Brüssel ein beinahe getreues Spiegelbild gefunden.

Wie Adenauer in Bonn, so versucht der belgische Außenminister van Zeeland, "Fachmann" in den letzten drei christlichsozialen Ministerien, Europavertrag und Verteidigungsabkommen zur Ratifizierung zu bringen. Dem Karlsruher Verfassungsgericht entspricht in Belgien der juristische Staatsrat, und ein Kollegium aus den anerkanntesten völkerrechtlichen Autoritäten. Der Staatsrat durfte immerhin ein Gutachten abgeben, so daß Belgien weiß, daß der Europavertrag nicht mit den in der Verfassung festgelegten Vollmachten des Königs und des Parlaments in Einklang zu bringen ist. Die Opposition gegen den EVG-Vertrag geht durch alle Parteien, aber van Zeeland kann keineswegs daran denken, seine Koalitionsbrüder so zum parieren bringen zu wollen wie Adenauer. Er beschwört sie nur, leise und zaghaft: Man möge den Europavertrag annehmen als "kleineres Übel".

Diese Formel des "kleineren Übels", vom Außenminister bei der Debatte über den Etat des auswärtigen Dienstes vor dem Senat zur Grundlage eines beschwörenden Appells an die Volksvertreter gemacht, doch möglichst schnell den Europavertrag zu ratifizieren, versucht, sowohl die Opposition von rechts wie von links abzufangen. Denn - und hier ist die Lage in Belgien noch komplizierter als in der Bundesrepublik - es gibt beides, Nationalistische Kreise, die nicht vergessen wollen, daß Deutschland zweimal Belgien besetzt hat, lehnen die Ratifizierung ab unter Hinweis darauf, daß der ursprüngliche französische Vorschlag für die Europaarmee für das deutsche Kontingent nur Einheiten von 2-3000 Mann vorsah, während man nurmehr einen Vertrag ratifizieren soll, der kriegsstarke Divisionen von 15000 Mann vorsieht. Die "paneuropäische" Opposition unter Spaak möchte erst eine Art europäischer Regierung schaffen, ehe eine europäische Armee entsteht. Am gewichtigsten jedoch wog in der Debatte der dritte Oppositionsblock, zu dem auch viele sozialistische Abgeordnete gehören. Er weist darauf hin, daß Belgien durch seinen Bündnisvertrag mit England

aus dem Jahre 1948 und mit dem NATO-Vertrag genügend gesichert sei, und daß man gegebenenfalls einen deutschen Beitrag über den Eintritt Deutschlands in die NATO - möglichst aber erst nach einer Bereinigung der deutschen Einheitsfrage - erreichen könnte.

Der schwerste Schlag für die Anhänger des EVG-Vertrages war jedoch der überraschende Übertritt des früheren Premierministers, Pholien, in die Reihen der Ratifizierungsgegner. Damit hat der Teil der Christlichsozialen, der gegen die schnelle und vorbehaltlose Annahme der Verträge ist, einen überaus starken Rückhalt und neuen Bundesgenossen bekommen. Da eine Mehrheit für eine baldige Ratifikation so nicht ersichtlich wurde, klang die Debatte schließlich darin aus, daß man doch noch das zweite angeforderte Gutachten der Völkerrechtler und dessen Behandlung durch den eingesetzten Sonderausschuß der Kammer abwarten müsse - was die belgische Ratifikation bis zum Herbst hinauszögern muß. Im Falle einer Verfassungsänderung müßte die Neuwahl des Parlamentes erfolgen, die jedoch erst in den Wintermonaten in Frage käme.

+ + +

Springer macht das Rennen

(sp) "Die Welt", seinerzeit als Organ der britischen Besatzungsmacht ins Leben gerufen, wird ihren Besitzer wechseln. Damit vollzieht sich die größte Zeitungstransaktion der Nachkriegszeit in der Bundesrepublik. 16 Bewerber tauchten in den schon seit Jahren hinter verschlossenen Türen geführten Verhandlungen um den Kauf der "Welt" auf. Axel Springer, der hamburgische Zeitungskönig, der sich als einer der letzten eingeschaltet hatte, stach alle anderen aus. Er gewann durch seine Finanzmacht die Oberhand. Auf der Strecke blieb u.a. auch Herr Ullstein, dem damit, zumindest vorläufig, der Einbruch in das westdeutsche Zeitungswesen mißlang.

Axel Springer besitzt heute etwa zehn Prozent der Auflagenhöhe aller in der Bundesrepublik und Westberlin erscheinenden Zeitungen und Zeitschriften. Seine überragende Stellung läßt sich mit der vergleichen, die einst Eugen Berg in der Weimarer Republik einnahm - ein Vergleich, den zwar Springer als politisch für ihn nicht zutreffend entzweit von sich weist, der jedoch in Hinblick auf den Umfang seines Riesenkonzernes voll berechtigt ist. Die Gefahren der Konzentration von Zeitungen und Zeitschriften in einer Hand sind offensichtlich. Auch hier schrecken die Erfahrungen der Weimarer Republik.

Bedauerlich ist, daß die britischen Behörden als frühere Eigentümer der "Welt" die ganzen Verhandlungen mit dem Schleier tiefsten Geheimnisses umgaben, obwohl gerade hier die deutsche Öffentlichkeit ein Recht gehabt hätte, über die Hintergründe dieses Besitzwechsels offen unterrichtet zu werden. Daß diese Transaktion einige Monate vor den Wahlen erfolgt, verstärkt den Verdacht, daß hier auch bestimmte politische Absichten mitspielen.

+ + +

Dank des "Jewish Labor Committee" an die SPD

Die Bundesrepublik hat durch die seinerzeitige Annahme des Abkommens mit Israel in der ganzen gesitteten Welt wieder viel an moralischem Kredit gewonnen, den das Dritte Reich durch seine Judenverfolgungen zerstört hatte. Die freundliche Aufnahme des Bundeskanzlers in den USA ist nicht zuletzt darauf zurückzuführen, das wiedergewonnene Ansehen der Bundesrepublik wird aber nur gehalten werden können, wenn nun auch das Abkommen mit den jüdischen Weltorganisationen in die Tat umgesetzt wird und die entsprechenden Bundesgesetze für die individuelle Wiedergutmachung an den rassistisch und politisch Verfolgten erfolgen. Gesetzentwürfe der SPD liegen schon seit langem vor.

Die Regierungspresse und auch ein Teil der Weltpresse haben leider die Tatsache verschwiegen, daß ohne das Eingreifen der SPD das Abkommen mit Israel und den jüdischen Weltorganisationen überhaupt nicht zustandekommen wäre. Das amerikanische jüdische Arbeiterkomitee, das über 500000 Gewerkschafter vertritt, hat nun in einer einstimmig angenommenen Entschloßung die Bedeutung der SPD für die Rehabilitierung des deutschen Volkes unterstrichen.

"Nach Entgegennahme des Berichtes unseres Vorsitzenden, Adolph Held, nach eingehendem Studium verschiedener Dokumente über die Haltung der Deutschen Sozialdemokratie zu den jüdischen Forderungen gegenüber der deutschen Regierung, sowie auch nach den Konferenzen, die zwischen dem "Jewish Labor Committee" und den deutschen Sozialdemokraten stattgefunden haben, freut es uns ganz besonders bestätigen zu können, daß die deutschen Sozialdemokraten gemäß ihren sozialistischen Überzeugungen und Prinzipien und in Übereinstimmung mit ihrem sozialistischen Gewissen gehandelt haben. Einzig und allein ihrer Haltung ist es zuzuschreiben, daß der Abschluß des Abkommens zwischen Westdeutschland einerseits und der Konferenz Jüdischer Organisationen und dem Staate Israel andererseits, ermöglicht wurde.

Wir sind uns alle der furchtbaren Tragödie bewußt, welche die Juden in Deutschland heimgesucht hat und wir wissen, daß dies nicht durch materielle Entschädigung wieder gutgemacht werden kann. Wir waren jedoch der Ansicht, daß irgendetwas von deutscher Seite aus getan werden muß, um das jüdische Volk in etwa für die erlittenen materiellen Einbußen zu entschädigen. Diese Entschädigung sollte der Ausdruck von echtem Bemühen und Verantwortlichkeit seitens derer sein, die Deutschland auf neuen Grundlagen wiedererrichten wollen, damit das, was unter Hitler geschehen ist, sich nie mehr wiederhole.

Wir sind überzeugt davon, daß unsere Organisationen auch in der Zukunft gut zusammenarbeiten werden".

+ + +

Verantwortlich: Peter Raunau